Hausbesitzer: "Grundsteuerreform trift alle, nicht die Reichen"

13.10.2025 meinbezirk.at

"Grundsteuerreform trifft alle, nicht die Reichen"

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB), geht mit dem Interview von Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl hart ins Gericht: Die Interessenvertretung besteht darauf, dass eine "Reichensteuer" letztlich von den Familien ausgebadet werden muss.

ÖSTERREICH. In der ORF-Pressestunde hat sich Gemeindebundpräsident Johannes Pressl erneut für eine Erhöhung der Grundsteuer ausgesprochen. "Was als 'notwendige Modernisierung' verkauft wird, ist in Wahrheit nichts anderes als eine Vermögenssteuer auf Eigentum – und damit ein klarer Wortbruch jener Parteien, die sich in der Vergangenheit dezidiert gegen Vermögenssteuern ausgesprochen haben. Selbst Finanzminister Marterbauer hat wiederholt betont, dass eine solche Maßnahme nicht Teil des Regierungsprogramms sei", geht der ÖHGB mit Pressl ins Gericht.

Das fünfte Mietrechtliche Inflationslinderungsgesetz (MILG), das aktuell im Parlament behandelt wird, ist nach dem vierten MILG drohen laut ÖHGB "nun neuerlich massive Eingriffe in Eigentumsrechte und erhebliche finanzielle Einbußen für Vermieter".

ÖHGB-Präsident Martin Prunbauer.:

„Solche Maßnahmen behindern notwendige Investitionen in Immobilien, sie verschärfen die Wohnungsnot und schwächen den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig. Was dabei völlig missachtet wird, ist die Tatsache, dass auch ein Eigentümer in seine Immobilie laufend investieren muss. Die Valorisierung wird ihm aber mietrechtlich versagt bzw. so stark eingeschränkt, dass Investitionen schwer zu finanzieren sind. Auf der anderen Seite steigen die Betriebskosten unaufhörlich weiter, weil Gebühren und sonstige Betriebskostenbestandteile angehoben werden.“

Negative Wirkung auf Einfamilienhausbesitzer erwartet

Eine negative Reflexwirkung einer Grundsteuerreform auf Wohnungseigentümer und Einfamilienhausbesitzer, die ihr Eigenheim selbst bewohnen, stehe laut ÖHGB unzweifelhaft fest. „Eine Grundsteuerreform würde nicht nur den privaten Vermögensaufbau erschweren, sondern auch die ohnehin stark belasteten Haushalte weiter unter Druck setzen. Von einer etwaigen Reform betroffen wären auch jene nahezu 50 Prozent der Österreicher, die im Eigentum leben," echauffiert sich Prunbauer.

Während in anderen Staaten öffentliche Leistungen wie Wasserversorgung oder Abwasser und Abfallentsorgung durch die kommunale Grundsteuer abgedeckt sind, werden diverse Leistungen in Österreich durch separate Gebühren finanziert und regelmäßig valorisiert.
Prunbauer abschließend:

„Viele Abgaben in Österreich sind gebühren- und nicht steuerfinanziert. Den Gemeinden wurden im Laufe der Jahre andere, bessere und höhere Einkunftsquellen erschlossen. Gemeinden verfügen über stabile Einnahmequellen. Sie haben aber ein Problem mit den Ausgaben."